

initiativen und dokumente

Planerkollektiv
Samuel Epp,
Elfriede Findling,
Wolfgang Göschel,
Wolfgang Wilke

Bürger planen selbst!



Bürgerbeitrag zum „Städtebaulichen Ideenwettbewerb Lübars“ — Bericht über den Planungsablauf — Entwicklung einer Methode, die es Bürgern erlaubt, kollektiv selbst zu planen.

Lübars ist ein fruchtbares Stück Landschaft. Es liegt nördlich vom Märkischen Viertel. Also in Berlin. Es liegt dort ganz malerisch — aber leider brach; jedenfalls als Feld für Kapitalanlagen. Denn noch ist Lübars ein richtiges Dorf mit allem Drum und dran: Felder, Wiesen und Gewässer, dazu etliche grüne Wohnsiedlungen aus den 20er Jahren, zum Teil auf Pachtland. Laubenkolonien wie die Berliner sagen. Und die sollen weg, meint der Senat. Denn das Land muß urbar gemacht werden für Leute, die Geld säen, um Rendite zu ernten. Aber da greift die *Grüne Hand*, eine Bürgerinitiative des Märkischen Viertels, ein: „Kein Beton mehr vor's MV!“

Bürger machen sich stark gegen „Sanierung“, Neubauvorhaben und Industrieansiedlung in diesem Gebiet. Betroffene entdecken ihre Bedürfnisse — Bürger planen selbst.

Wie wir als Planer mit dieser Bürgerinitiative zusammengearbeitet haben, zeigt der folgende Bericht, der anhand von Tonbandaufzeichnungen unserer Gruppendiskussionen über diese Planung entstanden ist. Wir, das ist das Planerkollektiv Samuel Epp* (Sam), Elfriede Findling (Elli), Wolfgang Göschel (Wolfgang) und Wolfgang Wilke (Wooly).

Diesen Bericht verstehen wir auch als Kritik an Jasper Halfmann und Clod Zillich, Autoren des Artikels: „Unkraut vergeht nicht“ in ARCH+ Heft 28/1975, die sich mit einem eigenen Beitrag, ebenso wie die Bürgerinitiative Grüne Hand, am Städtebaulichen Ideenwettbewerb Lübars beteiligt haben. Sie waren bei allen Versammlungen und Planungsabenden der Bürger anwesend.

BETROFFENE WEHREN SICH GEGEN SENATS' IDEEN

1. „GRÜNE HAND“ KONTRA SENATSAUSSCHREIBUNG

Am 17. März 1975 gibt der Senator für Bau- und Wohnungswesen die Unterlagen für den „Städtebaulichen Ideenwettbewerb Lübars“ heraus. Er lädt am 14. April die Teilnehmer am Wettbewerb zu einem Rückfragecolloquium, an dem Sam und Wolfgang teilnehmen.

Es sind auch Leute von der Grünen Hand anwesend, unter ihnen Elli, die zur Zeit ihr Praktikum bei dieser Bürgerinitiative absolviert. Elli studiert Landschaftsplanung und wird später von der Grünen Hand in unsere Gruppe delegiert. Die Grüne Hand verteilt ihr Gegenkonzept.

Elli: Insgesamt waren etwa 80 Leute da. Es durften Fragen gestellt werden. Die Leute der Grünen Hand hatten sich darauf vorbereitet. Sie fragten, wo im Senatskonzept die sozialen

Aspekte berücksichtigt seien. Ob es überhaupt notwendig sei zu bauen.

Wolfgang: Die Sachen wurden ganz ausführlich vorgetragen, z.B. die Einsprüche der Grünen Hand gegen die Änderung des Flächennutzungsplans.

Elli: Der Senatssprecher, aalglatt, saß in seinem weißen Anzug die ganze Zeit da, tat, als sei im Senatskonzept bereits alles berücksichtigt und wick den Fragen aus.

Wolfgang: Er antwortete nicht nur ausweichend, er antwortete überhaupt nicht. „Grundlage ist der Flächennutzungsplan, an den haben sie sich zu halten!“ wurde einmal gebrüllt. Ich sah darin eine ganz freche Abfuhr für alle anwesenden Betroffenen.

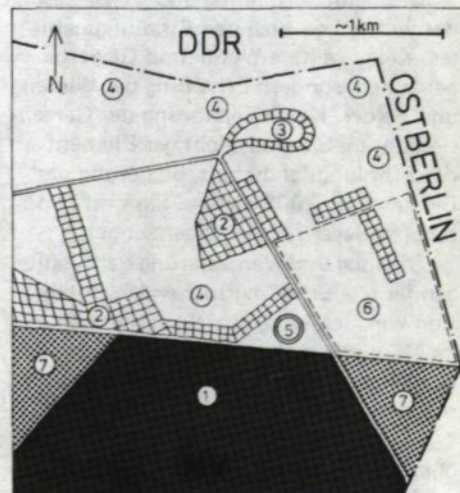
Elli: Gegen Ende des Colloquiums stand einer der Betroffenen auf und sagte noch einmal, daß die Grüne Hand mit der Ausschreibung nicht einverstanden sei und daß er jetzt etwas an die Teilnehmer zu verteilen habe. Die Senatsleute waren gleich dagegen, aber die Sache war gut vorbereitet und sofort wurde von allen Seiten das Gegenkonzept der Grünen Hand an die Teilnehmer verteilt.

*

* Der richtige Name ist der Redaktion bekannt

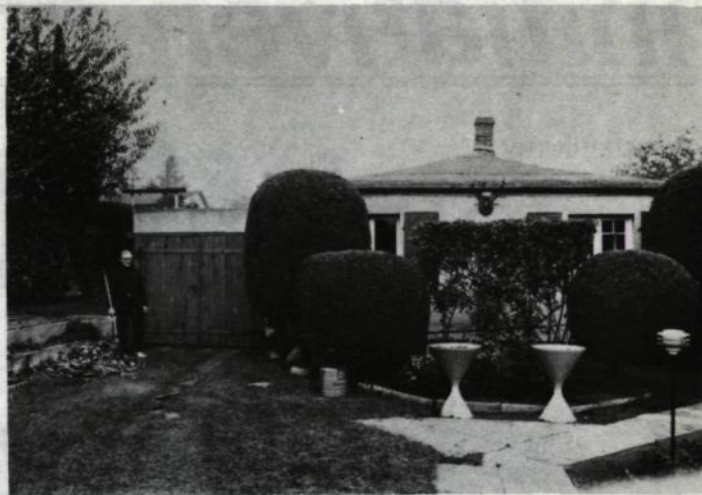
MV und Naherholungsgebiet Lübars

- (1) Konzentrierte Hochhausbebauung
- (2) Gartensiedlungen, in denen die Bürgerplanung durchgeführt wurde.
- (3) Dort Lübars.
- (4) Freie Landschaft (Wiesen, Felder).
- (5) Jugenddorf, geplant von Jugendgruppen aus dem MV.
- (6) Freizeitpark, offiziell geplant.
- (7) Gewerbegebiet.





Blick vom MV auf die Gartensiedlungen und die Felder



Fantasievoll kombinierte man die unterschiedlichsten Elemente. — So entstand eine lebendige Architektur, mit den Bewohnern aufs engste verbunden.

2. IST EIN KOMPROMISS MÖGLICH?

Nach dem Colloquium arbeiten Sam und Wolfgang alle zugänglichen Informationen (Ausschreibung, Gutachten und das Gegenkonzept der Grünen Hand) durch, ordnen nach vergleichbaren Elementen und versuchen erste Wertungen.

Inhalt Senatsausschreibung:

Ideenwettbewerb = grüngetarnter Bauwettbewerb. Ziele: Abriß der Gartensiedlungen, dafür Neubebauung mit 1800 „gehobenen“ Wohneinheiten. GFZ = 1,0. Und ein 300 m breiter Industrie- und Gewerbegebiet mit einer (Profit)erschließungsstraße zwischen dem Märkischen Viertel und seinem Naherholungsgebiet. Die Fläche für den Freizeitpark Lübars ist im Wettbewerbsgebiet zwar enthalten, seine Planung von der Behörde aber bereits abgeschlossen. Geplant sind unter anderem eine Riesenplastikrutschbahn, ein Restaurant und Tennisfelder.

Inhalt Gegenkonzept der Grünen Hand:

Forderung: Landschaft für alle! Kein Beton mehr vor's Märkische Viertel!

Das heißt: Erhaltung und Verbesserung des jetzt schon knappen Erholungsgebietes. Keine weitere Wohn- und Gewerbebebauung, sondern Erhaltung der Wiesen und Felder. Keine Zerstörung der Gartensiedlungen. Sie sind wichtiges Element der Erholungslandschaft, Sicherung der Existenz der 2000 Siedler. Sie sind Landschaftspfleger für die Allgemeinheit.

Öffnung und Verbesserung der Siedlungen für alle Erholungssuchenden. Integration von Gemeinschaftseinrichtungen, die im Märkischen Viertel (50 000 E.) fehlen, wie Kinderhäuser, Jugend- und Seniorentreffs in die Siedlungen.

Freizeitpark als Volkspark mit natürlicher Landschaft. Keine Kommerzialisierung der Freizeit!

Sam: Wir wissen also jetzt, was der Senat will mit seiner Ausschreibung. An so einem Wettbewerb kann man sich mit gutem Gewissen doch nicht beteiligen.

Wolfgang: Daß Wettbewerbe schrubben Scheiße ist, wußten wir schon längst, das war auch mal Thema in unserer Fachgruppe in der Gewerkschaft Bau Steine Erden. Aber: ich bin arbeitslos und du hast über deinen Planerjob sowieso mit der Sache zu tun, warum soll man da nicht mal reinriechen.

Sam: Irgendwie glaubt man für Kopfarbeiter müßte es doch Möglichkeiten geben, so zu arbeiten, daß man auch dazu stehen kann. Die Arbeiter haben überhaupt keine Wahl. Sie arbeiten oder streiken. Die englischen Hafenarbeiter z.B. laden jetzt chilenische Schiffe nicht aus. Das ist deren fortschrittliche Berufspraxis, Streik!

Wolfgang: Leider sind die Architekten noch nicht so weit, daß sie bevölkerungsfeindliche Wettbewerbe bestreiken.

Sam: Mitmachen und auf einen Preis spekulieren, heißt nichts anderes, als den Anspruch aufgeben, in Verbindung mit dem Berufsinhalt fortschrittlich zu arbeiten. Der Senat will sich mit diesem Wettbewerb nur seine eigenen „Ideen“ von der Fachwelt bestätigen lassen und spuckt dafür ein paar Mark aus. Ideenwettbewerb ist das gar nicht, du sollst nur für das vorgeschriebene Programm eine geschmackvolle Grafik erfinden. Der Senat, dick in der Jury, verteilt doch keine Preise an Architekten, die das planen, was die Bevölkerung will. Was die Baugesellschaften wollen, darauf kommt es an. Denen gehört das ganze Gebiet bereits. Die wollen bauen, also müssen die Gartensiedlungen weg. Und wenn du die Siedlungen stehen läßt, kriegst du keinen Preis, da brauchst du gar nicht erst mitzumachen.

Wolfgang: Vielleicht doch, so einen dritten Ankauf als Feigenblatt für die Jury. Die möchte doch auch ein bißchen fortschrittlich sein. Das Siedlungsgebiet nicht mit neuer Baustruktur vollknüppeln, vielmehr irgendwo einen Kristallisationspunkt, die „fortschrittliche Bazille“, reinsetzen, den Spekulanten einen Stufenplan entwickeln — da hätten die Herren ihren Spaß und du hättest 6 000 Eier in der Tasche.

Es gibt doch noch das Konzept der Grünen Hand. In der politischen Stoßrichtung und im allgemeinen Ansatz kann es akzeptiert werden. In den Details sind eine Menge Anregungen enthalten. Dahinter steckt eine ganz andere Auffassung als beim Senatskonzept.

Sam: Es gibt aber auch Widersprüche.

Wolfgang: Stimmt. Es gibt noch Fragen. Aber

das Papier der Grünen Hand ist nicht nur ein spontanes Warnpapier zu diesem Wettbewerb, es ist ein Gegenkonzept. Widersprüche, die noch drin sind, können wir mit der Bürgerinitiative ausdiskutieren.

Sam: Die Grüne Hand hatte sich schon 1974 gegen die Senatsplanung gewandt, mit einem Einspruch gegen die Flächennutzungsplanänderung. Im Senatskonzept wird dieser Einspruch jetzt völlig ignoriert und für Null erklärt. Du siehst daran, wie ernst es dem Senat mit der Demokratisierung der Planung ist. Die Frage lautet nun: Wie verhalten wir uns als Planer zum Gegenkonzept der Grünen Hand? Läßt sich daraus ein Kompromiß mit dem Senatskonzept stricken? Wo hört der auf?

Wolfgang: Für uns gibt es hier keinen Kompromiß. Entweder nehmen wir voll auf der Seite der Bürger teil und vertreten deren Konzept, oder wir steigen aus der Sache aus.

3. ERSTE KONTAKTE

Wir entschließen uns, die Bürgerinitiative zu unterstützen und auf der Basis ihres Konzeptes zu arbeiten. Unser Ziel ist, weitere Informationen über das MV und die vom Abriß bedrohten Siedlungen zu bekommen. Was steht hinter dem Konzept der Grünen Hand? Wie stark sind die Siedler, wie schätzen sie ihre Lage ein? Welche Kontakte bestehen untereinander und zu den Bewohnern des MV? Welche Konflikte? Welche Erfahrungen haben Siedler mit Senat und Grundeigentümer gemacht? Wolfgang und Sam besuchen das MV und die Gartensiedlungen. Michael, ein Betonbauer-Lehrling aus dem MV, berichtet über seine Wohnsituation. Erste Kontakte zu Siedlern und zum Siedlervorstand der Siedlung Quickborn.

Wolfgang berichtet: Wir haben uns erstmal im MV umgesehen, uns hingesetzt, mitten im Zentrum, Kaffee getrunken, um zu sehen, wie sich das Leben hier abspielt und kommen mit Michael ins Gespräch:

Michael: In dieser Vorstadt bin ich aufgewachsen, Scheißsiedlung, wo sich nichts mehr groß unterscheidet. Da ist kaum jemand, keine Treffpunkte, die Vereinzelung ist schon ziem-



Siedlerhaus mit Garten — Die Siedlungen entstanden Ende der 20er Jahre, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Arbeitslose pachteten für die letzte Mark eine Parzelle, schufen sich dort eine primitive Unterkunft und lebten von dem, was sie selber im Garten anbauten.



Die Häuser wurden je nach Familienentwicklung erweitert und verbessert, d.h. Teile angebaut oder teilweise aufgestockt, fast jedes Jahr ergänzt und neu gestrichen.

lich groß. Es ist echt'ne Leistung, die Sache durchzuhalten, du hast nur Schwierigkeiten. Mich hat ja immer diese ganze Stadt gestört, weil ich als Kind auf dem Land war. Also diese Ansammlung von Häßlichkeit, so Fabrikanhäufungen, das ist mir schon immer auf den Keks gegangen. Solange ich zurückdenken kann, geht mir das auf den Geist, da bin ich wahrscheinlich Ästhet.

Wolfgang: Und ich habe das Gefühl, daß ich wie in einem geschlossenen Kessel drin sitze, kein Horizont, nur Betongebirge. Keine Chance zur Orientierung.

Wolfgang erzählt weiter: Wir laufen dann raus zu den Siedlungen. Über die zerhackte Grünfläche in der Mitte des Senftenberger Ringes — eine konfuse Situation. Wir müssen über Gräben springen, über Zäune steigen und uns am Seniorenzentrum vorbei ins Freie durchschlagen. Kein direkter Weg in die Landschaft. Wir stehen dann am Industriegleis und gucken auf das Wettbewerbsgelände. Wieder ein Sprung über einen Graben und wir sind in der Siedlung Neu-Lübars.

Sam: Der Übergang vom MV in diese Gartensiedlung, buchstäblich mit einem Sprung in eine andere Welt. Erst läufst du durchs MV, siehst, die Leute sind da ordentlich untergebracht mit Bad, Warmwasser und so und dann stehst du in der Gartensiedlung, nicht mal ein befestigter Weg, Parzelle für Parzelle diese selbstgebastelten Häuser mit Gärten davor.

Wolfgang: Jede Siedlung hat ihren eigenen Charakter. Teilweise exotische Häuschen. Die unterschiedlichsten Materialien, Holz, Stein usw. — alles wild gemischt. Obwohl der Empfang mißtrauisch ist, Hunde bellen und du den Eindruck eines Ghettos hast, gefällt es dir hier. Du kannst es nicht gleich erklären.

Elli: Habt ihr beim Rumlaufen schon eine Perspektive in Bezug auf Neuplanung.

Wolfgang: Noch nicht. Wir haben das Programm im Kopf, da steht Abriß. Auf der anderen Seite sehen wir dieses Gebiet. Die Leute wohnen im Grünen. Es gefällt uns hier. Aber die Siedler haben die Kündigungen schon in der Tasche. Wenn du weißt, das soll alles weg, dann guckst du natürlich zweimal hin: liebevoll gepflegte Gärten, verschrobene Basteleien. Eins erkennen wir gleich: Wenn die Siedlungen bleiben, muß der Ghettocharakter aufgehoben werden, also Öffnung für die MVer.

Sam: Die Siedler merken sofort, daß wir wegen des Wettbewerbs da sind. Wir gehen nicht nur einmal raus, sondern öfter, auch zu den anderen Siedlungen: Frohsinn, Waldesfrieden und Wie-

sengrund. Zuerst sind sie mißtrauisch aber wir sprechen oft mit ihnen und werden auch zum Kaffee eingeladen. Dabei erfährst du die Geschichte der Siedlungen: 1929 Weltwirtschaftskrise, kommen die ersten hier her mit Kind und Kegel, arbeitslos, pachten für die letzte Mark ne Parzelle, nageln sich eine primitive Unterkunft zusammen und leben von dem, was sie selbst anbauen. Sie bohren sich eigene Brunnen, verlegen später sogar eigene Wasser- und Stromleitungen. Die Häuser wurden je nach Familienentwicklung erweitert, Teile angebaut oder aufgestockt, fast jedes Jahr ergänzt. Es entstand eine lebendige Architektur, mit den Bewohnern aufs engste verbunden.

Wolfgang: Wir waren dann noch beim Siedler-vorstand der Siedlung Quickborn, Jentsch. Er hat uns eingeladen. Elli war als Vertreter der Grünen Hand dort.

Elli: Ich hab zufällig erfahren, daß ein Gespräch mit Architekten beim Jentsch läuft und mir gesagt, gehst mal hin. Während die Bürgerinitiative übergeordnet die Interessen der Siedler und MVer vertritt, bestimmen in den einzelnen Siedlungen die Siedlervereine, was so passiert, hauptsächlich vertreten durch Vorstand und Kassierer. Jentsch laß aus dem Konzept der Grünen Hand vor und erklärte am Plan. Er sprach aber hauptsächlich von Quickborn, die anderen Siedlungen und das MV erwähnte er nicht.

Wolfgang: Nur: „Wie schlecht leben die da im Betonsilo und wie schön ist es hier oben auf der Siedlung. Kuck mal an, wie blaß ihr Städter alle aussieht: Eisenmangel!“

Elli: Die Gruppe Halfmann/Zillich war auch da.

Bemerkung: Halfmann und Zillich wurden beauftragt, im Rahmen der Berliner Festwochen ihre Idee „Heimat kaputt“ — eine Ausstellung — zu realisieren. Der Auftraggeber, die Berliner Festwochen GmbH, Imagepfleger der Weltstadt Berlin, vergab dafür 24 000 DM. Unter dem Zwang, die Ausstellung zu füllen, versucht die Gruppe Halfmann/Zillich noch Beiträge zu sammeln. Der Wettbewerb Lübars bietet ihnen zwei Fliegen mit einer Klappe: Einen Wettbewerbsbeitrag, der gleichzeitig Exponat der Ausstellung „Heimat kaputt“ werden soll. Diese Tatsache war uns und der Grünen Hand damals nicht bekannt. Die Ausstellung wurde lediglich am 2. Planungs-

abend erwähnt. Unter diesen Voraussetzungen muß das Verhalten der Gruppe Halfmann/Zillich, wie es im folgenden beschrieben wird, beurteilt werden.

Elli: Halfmann/Zillich machten auf gut Freund und kollegial mit Jentsch. Mit dem Wettbewerb und auch weiter, das ließe sich alles machen, mit Video, Lottomitteln, ihren Produktionsmitteln und den Beziehungen zu Behörden. Jentsch war beeindruckt.

Sam: Blödes Gefühl, da hat einer anscheinend alle Möglichkeiten und du selbst sitzt dabei und hast nur Bleistift und Türrblatt.

Wolfgang: Das Gespräch ging dann ins romantische: Ich komme auch vom Lande: das Gras, mal wieder Hecken schneiden, Sitzbänke aufstellen und alles handgreiflich filmen. Jentsch und die Gruppe Halfmann/Zillich hatten ihre Aktion.

Elli: Ich frage sie noch, ob das nicht blinder Aktionismus sei, jetzt, wo inhaltliche Fragen anstehen. Darauf wird überhaupt nicht eingegangen.

Wolfgang: Zum Schluß gab uns Elli noch den Tip, zum nächsten Treffen der Grünen Hand zu kommen.

4. HAUS FÜR HAUS STIRBT UNSER ZUHAUSE ... ODER WIE DER SENAT "SACHZWÄNGE" SCHAFFT.

13. Mai. Bürgerversammlung der Grünen Hand im Märkischen Viertel, ev. Gemeindezentrum. Die Siedler halten Lagebesprechung.

Wolfgang: Die Siedler waren eingeschüchtert. Jetzt macht man sich Luft, spricht zum erstenmal gemeinsam darüber. Wann läuft dein Vertrag ab? Ist Dir auch gekündigt worden? Was nun? Viele Siedler und MVer waren da. Das war Ergebnis der Agitation in den Siedlungen und im MV. Dort wurde zum erstenmal verbreitet, daß ein Wettbewerb läuft, daß Senat und Baugesellschaften ganz konkrete Bauabsichten haben, daß die Siedlungen weg sollen. Beweis dafür: neue Kündigungsschreiben. Daß man aber versuchen will, Architektengruppen für sich zu gewinnen, die das Konzept der Grünen Hand in ihrem Beitrag berücksichtigen. Wichtig ist,

Personenstand: GSW, 1. Bezirk, 1. Abteilung, 1. Abteilung

1) Berlin 20

Kolonie "Wiesengrund"

Parzelle 100

402 St/Gz/KL, 29. April 1970

Grundstück Nr. 000 000, Berlin 20 (Wiesengrund),

Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft Berlin MBH,

Sehr geehrte Herr [Name], sehr geehrte Frau [Name]

Im Besonderen der Siedlung haben wir das o.a. Grundstück mit

Wirkung vom 1.4.1970 erworben und sind von diesem Zeitpunkt in die

Rechte und Pflichten des zwischen dem Verkäufer und Ihnen ab-

geschlossenen Kaufvertrages (für Ihre Parzelle Nr. 20) eingetretten.

Da unsere Dispositionen nicht zu gefährden, kündigen wir Ihnen

hierdurch vorzeitig das Kaufverhältnis zum 31. Dezember 1970.

Gleichzeitig bitten wir Sie, in Ihrem eigenen Interesse keine In-

vestitionen auf dem Grundstück vorzunehmen.

Aus vorgenannten Gründen haben wir auch keine Möglichkeit, neue Bauten

verwirklichen zu lassen. Wir erklären uns jedoch ohne Abkennung

eines Rechtsanspruchs bereit, Sie nach Ablauf der Kündigungsfrist

stillschweigend bis auf weiteres auf dem Grundstück zu belassen, wenn

Sie dann noch keine Möglichkeit der Bebauung haben sollten. Voraus-

setzung hierfür ist, daß Sie weiterhin die Bausatzungsbestimmung in

Wohn der bisherigen Stadt halten und auch die anderen Verpflichtungen

des bisherigen Kaufvertrages erfüllen. Diese Weiterbenutzung können

Sie Ihnen unter der gesamten Voraussetzung nur auf Widerruf ge-

statten. Wir würden Sie gegebenenfalls spätestens 3 Monate vor Im-

anspruchnahme des Grundstücks Kivern in Kenntnis setzen.

Beachtungsschritt
Gesellschaft
Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft
Berlin MBH
[Signature]

daß wir hier erfahren, wie geschickt der Senat den Hebel ansetzt. Seine Kündigungsmasche, also, ob du jetzt Baustadtrat Gardians geplante (Profit) erschließungsstraße nimmst, die er seit Jahren als „Sachzwang“ auf dem Plan hin- und herschiebt, bis seine Räumungskommandos draußen das letzte Haus abgerissen haben oder den Vorschlag, nichts mehr in die Häuser zu investieren, damit die Behörde dann sagen kann: „Hier, schaut euch diese verrottete Siedlung an. Das ist der Allgemeinheit nicht zuzumuten, da müssen neue Häuser hin!“: immer läuft es dahin, die Leute zu verunsichern, zu spalten und gegeneinander auszuspielen, bis die Siedler schließlich glauben, daß die Behörde recht hat und nur ihr Bestes will. Diese Tendenz zeigen auch einige Beiträge. Ein Mann von der Siedlung Wiesengrund, er erzählt: „Was habt ihr denn? Uns geht's doch ganz gut, ich hab doch einen Vertrag über 5 Jahre“. Sie haben angenommen, daß er geschickt wurde, als Provokateur. Stell dir vor, du hättest selbst 'ne Kündigung in der Tasche und dann sagt dir einer, wie gut dir's geht. Dazu kam noch der Bericht von einem Mann, der eine Parzelle auf der ehemaligen Kolonie Neu-Rabehorst hatte, er hat immer betont: „Ach, in Wirklichkeit kann man nichts machen, das geht uns jetzt genauso wie damals mit Neu-Rabehorst, die haben sie einfach abgerissen.“ Ziel dieser Veranstaltung war jedenfalls, den Siedlern zu vermitteln, daß sie sich gemeinsam

wehren müssen, um überhaupt etwas zu erreichen. Streitigkeiten, wer wem den Mist über den Zaun schmeißt, werden zurückgestellt.

Mit Vertretern der Grünen Hand unterhielten wir uns anschließend im kleinen Kreis. Auf die Frage, was wir wollten, haben wir ungefähr so geantwortet: Wir sind zum ersten Mal hier, wollen Kontakt aufnehmen, erfahren wer das Konzept der Grünen Hand erarbeitet hat, über das Konzept diskutieren und eventuell könne dieser Kontakt dazu führen, daß man mit der Grünen Hand bei diesem Wettbewerb zusammenarbeitet.

Halfmann/Zillich, die auch da waren, reagierten auf uns ablehnend, in Konkurrenzhaltung, was uns unverständlich erscheint. Du denkst, wenn man hier zusammen bei einer Bürgerinitiative sitzt, gibt es wenigstens unter diesen Kollegen keine Konkurrenz. Denkst!

Die Grüne Hand schließt ein anderes Architektenteam von der Mitarbeit aus. Diese Architekten haben offen zugegeben, daß sie auf einen Preis hinarbeiten und deshalb einen Kompromißvorschlag abgeben werden.

5. DIE SIEDLER REAGIEREN: BESETZUNG! DER NÄCHSTE SCHRITT: EIN EIGENER WETTBEWERBSBEITRAG DER BETROFFENEN BÜRGER.

Die Grüne Hand trifft sich am 21. Mai. Ein Siedler bringt die Nachricht, daß Bauwagen auf der Kolonie Waldesfrieden aufgefahren sind, drei Parzellen sollen abgerissen werden. Die Leute setzen sich zur Wehr: Besetzung! Einen Tag nach der Aktion versammeln sich die Siedler auf Waldesfrieden. Wir regen die Siedler an, einen eigenen Beitrag zum Wettbewerb zu machen.

Ellis: Die Siedler besetzen am 22. Mai, morgens um 6 Uhr, auf der Kolonie Waldesfrieden die drei Parzellen und trinken dort Kaffee. Einer fährt zum Rechtsanwalt und soll eine einstweilige Verfügung besorgen. Ein Siedler schreibt Tagebuch.

23. Mai, Fest auf der Kolonie Waldesfrieden. Der Erfolg, den man am Vortag hatte, wird geefeiert. Der Abriß der drei Parzellen ist erstmal verhindert. Eine wichtige Erkenntnis für uns ist, daß hier Siedler bereit sind, sich gegen Senatsmaßnahmen kollektiv zu wehren. Das stärkt uns in unserer Entscheidung, für die Bürgerinitiative

zu arbeiten. Hier sind Leute, die aktiv sind. Auch Leute, die theoretisch den Durchblick haben. Das zeigen die Wortmeldungen. Ganz qualifiziert!

Zwei Spitzel werden erkannt, ein Polizist in Zivil und ein Beamter vom Stadtplanungsamt. Bewußt werden sie nicht enttarnt, das hat Vorteile.

Sam: Nach der Veranstaltung bei einer Besprechung mit Vertretern der Bürgerinitiative, machen wir einen Vorschlag, wie der nächste Schritt aussehen könnte:

Nachdem die Vertreter der Betroffenen ein Gegenkonzept aufgestellt haben, müssen sich jetzt möglichst alle Betroffenen an der Übersetzung dieses Gegenkonzepts in einen eigenen Planungsbeitrag beteiligen und diese Arbeit zum Wettbewerb einreichen, um Fachleute und Öffentlichkeit noch eindringlicher auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Wenn sich alle an dieser Arbeit beteiligen und sie gelingt, wächst die Solidarität. Außerdem ist das eine Möglichkeit, die Verselbständigung der Vertreter der Betroffenen, also Trennung von den Betroffenen selbst – eine Gefahr, die bei allen Bürgerinitiativen besteht – zu verhindern.

Dieser nächste Schritt, als Bürgerinitiative mit allen Betroffenen einen eigenen Beitrag abzugeben, erscheint allen konsequent. Sie stellen aber Fragen. Wie können sich 2000 Siedler und MVer an der Planung beteiligen? Dazu noch in der kurzen Bearbeitungszeit für diesen Wettbewerb. Wie sollen die MVer mit einbezogen werden?

Sie beschließen, uns die Aufgabe zu übertragen, dafür eine Methode zu entwickeln und ihnen bei der Organisation zu helfen. Dann gab's Schnaps.

BÜRGER PLANEN SELBST – NEUE AUFGABEN FÜR PLANER

6. KÖNNEN BÜRGER SELBST PLANEN?

Unsere Aufgabe lautet jetzt, nicht stellvertretend für die Betroffenen zu planen, sondern den Betroffenen dabei zu helfen, einen eigenen Beitrag zu erarbeiten und dafür die Methode zu entwickeln. Ausgangspunkt für den Planungsansatz ist unsere Behauptung, daß Betroffene selbst planen können und zwar besser als außenstehende Fachleute.

22.5.75 6 Uhr
war ich als einziger
mit Hildebrand
Gegen 7³⁰ waren schon
einige Leute mehr
eingetroffen vor
dem eingerissenen
Grundstück Steyer
Gegen 7⁴⁵ Uhr kommt
ein junger Mann
einer Abrissfirma
mit Spitzhacke und
will gerade beim
Küssen sein Werk
beginnen sein Haus
unwohnbar zu machen
um anschließend

mit der Raupe das
Haus zu zerstören.
Wir haben ihn daran
gehindert, indem
er rief seinen Chef
an, der auch prompt
kam und veranlassen
wollte das Werk
zu vollbringen.
Auf seinem Plan
standen 4 Parzellen
2 in Waldesfrieden
2 in Neu-Lubers.
Wir hinderten ihn
widerum daran,
worauf er die
Polizei rief, bevor
die aber eintraf

kam die gr. Raupe
Wir stellten uns
ihm entgegen. Dann
kamen 2 Mannschaften
wagen. Inzwischen
waren einige gute
Leute unterwegs
den Rechtsanwalt
aufzusuchen.
In dieser Zeit in-
formierten wir die
Polizisten über
das unsinnige Unter-
nehmen der Abrissin-
nen. Diese nahmen es
auf. Dann erschien
ein Herr vom Bezirks-
amt um das ganze

zu verwirklichen, was
die Herren von oben
(Bezirksamt?) beschlos-
sen haben. Wir schickten
unsere guten Kollegen
sogar zum Telefon
um an den Kopf der
Herren ranzukommen.
Die Polizei setzte
eine Beruhigungsfrist
mit dem Betroffenen
oben bis 11³⁰ Uhr.
Um 11³⁰ kam die
erlösende Antwort:
Bis Montag kommen
Woche Vorstich.
Anschließend kamen
unsere Leute mit

Denn die Betroffenen

- kennen ihre eigenen Bedürfnisse besser!
 - entwickeln mehr Phantasie, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen!
 - sind die besten Kenner ihrer Umwelt, der vorhandenen Sozial- und Kommunikationsstruktur und ihrer technischen Fähigkeiten!
- Wooly stößt zum Kollektiv.

Wooly: Wieso sagen wir, daß Bürger selbst planen können? Sie haben doch überhaupt nicht studiert, kein Fachwissen? – mal provokativ gefragt.

Sam: Berechtigten denn acht Semester Studium, anderen Menschen vorzuschreiben, bzw. zu planen, wo und wie sie zu leben haben? Baustadtrat Gardain ist auch kein Planer, trifft aber die Entscheidungen. Also können auch Bürger entscheiden, was sie wollen.

Wooly: Aber, Gardain versucht die Interessen der Allgemeinheit zum Tragen zu bringen, sagt er, und Bürger treffen doch nur gruppenegoistische Entscheidungen.

Wolfgang: Planungsentscheidungen sind immer gruppenegoistisch: denn was für Baugesellschaften gut ist, ist nicht immer für die Allgemeinheit gut – und umgekehrt. Natürlich müssen wir erst abwarten, ob die Siedler z.B. akzeptieren, daß die MVer dringend Kinderhäuser und andere soziale Einrichtungen auf den Siedlungen benötigen.

Elli: Abgesehen davon, ob sie vernünftige Entscheidungen treffen oder nicht, Fachwissen gehört trotzdem dazu, um technische Fragen zu klären.

Sam: Es gibt doch genug Fachleute. Viele sind z.Zt. arbeitslos. Es kommt darauf an, wem sie ihre Kenntnisse zur Verfügung stellen. Sie müssen in so einem Fall das spezielle

Planungsinstrumentarium entwickeln, vermitteln und aufpassen, daß sie nicht zu Fachautoritäten werden. Es eröffnet sich ein ganz neues Arbeitsgebiet für Planer. Praktisch sieht es so aus: Wenn du 'ne Planung machen willst, egal was und mit wem, zuerst brauchst du Bestandspläne. Über die Siedlungen hat der Senat nichts in der Plankammer. Wie die Siedlungen entstanden sind und wie sie sich verändert haben, hat nie interessiert, galten immer als Provisorium – nicht wert, in die Meßtischblätter aufgenommen zu werden.

Elli: Also selber machen, natürlich zusammen mit den Siedlern. Sie kennen ihr Gebiet am besten und sollen das aufzeichnen. Allein schaffen wir das nicht, da hängen wir Monate dran, **Wooly:** Ist das durchführbar? Ich kann mir das nicht so recht vorstellen. Die Siedler sollen selbst Pläne zeichnen? Ich bezweifle, daß alle mitmachen!

Wolfgang: Ich meine, das geht. Es kommt nur darauf an, wie wir das anpacken. Die Siedler haben ihre Häuser gebaut, ihren Garten angelegt und sich dabei was gedacht. Warum soll nicht jeder seine Parzelle aufzeichnen können mit allem, was drauf ist?

Elli: Vielleicht klappt's. Wir müssen versuchen, die Siedler von der Notwendigkeit zu überzeugen, erst mal eine Bestandsaufnahme zu machen.

7. WIR VERSUCHEN EINE PLANUNGSMETHODE ZU FINDEN.

Die von uns entwickelte Planungsmethode besteht darin, daß die Betroffenen selbst eine Bestandsaufnahme ihres Gebietes kollektiv durchführen. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme (den Betroffenen vertraute Pläne) erfolgt in Arbeitsgruppen die Planung. Wir entwickeln das für diesen speziellen Fall erforderliche Instrumentarium und übernehmen die technische Organisation des Planungsablaufs.

Elli: Wir haben überlegt, was die Siedler selbst machen können und welche technische Organisation wir dabei übernehmen müssen. Wie kann die Vermittlung laufen, denn wir sind ja nicht Hauptquartier mit Verfügungsstruktur.

Welchen Anreiz können wir bringen, um die Leute zum Zeichnen und Schreiben zu bringen, ohne sie dabei zu überfordern?

Eine Parzelle ist etwa 600 qm groß. Eine Postkarte vollzeichnen ist zumutbar, überlegen wir uns. Das bestimmt den Maßstab 1:200. Die Parzellen hätten dann etwa DIN-A 6-Format, die Siedlungspläne allerdings Ausmaße bis zu 2 mal 3 m. Das entspricht natürlich nicht mehr den formalen Wettbewerbsbedingungen, aber diese neue Qualität von Planung, die wir vorbereiten, beansprucht eben auch eine neue Form. Das trifft auch auf die Sprache zu. Ein Flugblatt, nicht mehr als eine Seite, das gelesen, verstanden und auch umgesetzt wird, das alles aussagt und doch kurz und bündig ist, das anleitet aber nicht bevormundet, so ein Flugblatt wird hier zum Planungsinstrument und wichtigstem Vermittler.

Die Siedlungen zeichnen wir mit der Parzelleneinteilung und den vorhandenen Wegen im Maßstab 1:200 auf und zerschneiden diese Pläne in Abschnitte mit jeweils sechs oder acht Parzellen, die etwa einem Nachbarschaftsgefüge entsprechen, was als Anregung zur Zusammenarbeit gedacht ist. Als Hilfestellung malen wir Beispiele. In einfacher Darstellungsart, damit keine Erwartungsangst entstehen kann. Es ist

wichtig, daß die Siedler den guten Bestand der Siedlungen darstellen mit allem, was ihren Wohnwert ausmacht: das Haus, den Garten, die Bepflanzung. Es soll damit dokumentiert werden, daß es sich hier um bewohnte, kultivierte Gartensiedlungen handelt und nicht um eine verlassene Laubenpiepergegend, die – „Ordnung muß sein“ – abgerissen werden muß.

Die Planabschnitte mit den Flugblättern und den gemalten Beispielen als Erklärung sollen die Siedler dann selbst verteilen und wieder einsammeln, damit wir sie wieder zu vollständigen Plänen der Siedlungen zusammenfügen können. Das evangelische Gemeindezentrum, günstig zwischen dem MV und den Siedlungen gelegen, soll dabei als Sammelstelle fungieren. Zur anschließenden Planungsphase müßten wir dann die Siedler und MVer mit einem weiteren Flugblatt einladen, sie anregen, wie mit dem 1. Flugblatt, auf die Bestandsaufnahme und die Planungstermine und den Ort hinweisen. Auch die MV-Gruppen einladen, damit gewährleistet wird, daß die Interessen dieser Gruppen bei der Planung einfließen.

Das ist Bestandteil des Konzepts der Grünen Hand: Die MVer müssen mitarbeiten, weil es um ihren Erholungsbereich, um ihre unmittelbare Umwelt geht. Wie sollen die Planungselemente aussehen?

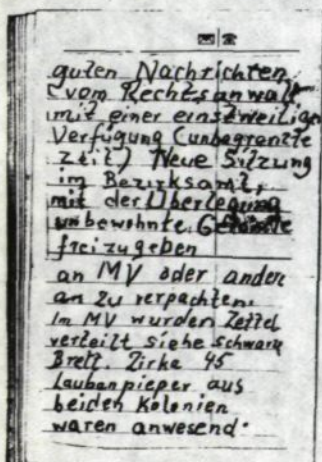
Das naheliegendste ist, die Vorschläge aus dem Konzept der Grünen Hand, wie Kinderhäuser, Seniorengärten usw. in Planungskarten einzusetzen. Diese Karten müßten die Größe einer Siedlerparzelle haben und so grafisch ausgearbeitet werden, daß sie sich einerseits von den Bürgerzeichnungen abheben und zeigen: das ist Neuplanung; und andererseits müßten sie sich in die gezeichnete Struktur einfügen, die Bürgerzeichnungen optisch nicht erschlagen. Mit solchen Karten ist fast jeder aus Spielen vertraut. Es ließe sich gut mit ihnen hantieren. Z.B. könnte einer eine Karte mit dem Symbol Seniorengarten auf eine freie Parzelle heften, worüber dann diskutiert werden könnte. Entweder ist dann der Standort gefunden oder man müßte nach einer anderen Lösung suchen und die Karte wieder abnehmen. Alle könnten diesen Vorgang mitvollziehen.

Beim ersten Planungsabend müßten wir am Anfang die Planungsmethode vorführen, wie man mit den Elementen umgeht und anschließend Arbeitsgruppen einteilen, jeweils eine Siedlergruppe mit einer oder mehreren MV-Gruppen. Dazu einen Diskussionsleiter oder so etwas ähnliches. Die Funktion der technischen Betreuer müßten wir übernehmen.

8. DIE SIEDLER BEGINNEN MIT DER BESTANDSAUFNAHME.

Am 27. Mai legen wir einer Siedlerversammlung unsere Vorstellungen zur Planungsmethode und zum Planungsablauf dar. Die Siedler beraten und entscheiden: „So wird's gemacht.“

Innerhalb von drei Tagen stellen wir die Siedlungspläne mit der Parzelleneinteilung im Maßstab 1:200, dazu Übersichtspläne, Flugblätter und Beispielzeichnungen her. Dabei unterstützen uns Peter, Petra, Steffi und Uta, eine Studentengruppe der TU Berlin, ohne deren Hilfe die Arbeit nicht zu schaffen gewesen wäre. Siedlerobleute beginnen am 30. Mai mit der Verteilung dieser Unterlagen an die einzelnen Siedler. In der Siedlung Rathenow verteilen wir selbst.



Siedlertagebuch über die Besetzung auf Waldesrieden



Planausschnitt — Gartensiedlung Quickborn — Bestandsaufnahme mit Planungsvorschlägen der Siedler:

- 1. Dorfplatz mit Bürgerhaus wird Treffpunkt der Siedler ● 2. Verbesserung des Wegenetzes, neue Wegverbindungen (im Plan schraffiert) in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung, Wegweiser und Eingangstore als Orientierungshilfen, Bänke aufstellen ● 3. Holzbrücke verbindet die Siedlungsteile Mühlenberg und Hasensprung über die tiefeingeschnittene Quickborner Straße hinweg ● 4. Im Seniorengarten treffen sich Senioren aus den Siedlungen und aus dem Märkischen Viertel



Vorstellung der Planungsmethode

Nachbarn. Die Pläne enthalten nicht nur eine Fülle von Informationen, sondern sind auch in ihrer Darstellung einzigartig. Alle sind sich einig: Die Bestandsaufnahme ist ein Erfolg! Elli: Wolfgang hat noch mal anhand des Senatsplans erklärt, um was es geht. Daß ihre Siedlungen weggerissen werden sollen. Was im Flugblatt steht, an diesem Plan nochmal gezeigt. Dann anschließend erklärt, wie das Planungskonzept aussieht. Demonstriert, wie man mit diesen Planungskarten arbeiten könnte, was sie bedeuten, daß es jetzt darauf ankommt, zu diskutieren, was auf den freien Parzellen passieren soll und in der Siedlung überhaupt. Das haben wir exemplarisch am Quickborn unverbindlich vorgeführt. Danach haben sich die Leute in Arbeitsgruppen aufgeteilt, haben die Pläne von der Wand genommen und in verschiedenen Räumen getagt. Alle Räume des Gemeindezentrums waren belegt von Planungsgruppen, vom Keller bis zum Dachboden. Fünf Planungsgruppen waren es: Quickborn, Rathenow, Neu-Lübars, Waldesfrieden und die Wiesengründe. Jetzt muß man sagen, wie die Arbeitsgruppen gearbeitet haben. Sie haben selbst diskutiert, wir haben nur Hilfestellung gegeben.

Sam: Wir hätten da auch eher störend gewirkt,

nicht?

Wolfgang: Wir hatten für alle fünf Gruppen je einen Diskussionsleiter von der Grünen Hand. Jeder sollte ein Protokoll machen, aber nur einer hat das schriftlich gemacht. Die Hektik hat uns daran gehindert, darauf zu achten, daß alle ein schriftliches Protokoll machen. Schriftlich sollte es deshalb sein, damit sie beim nächsten Planungsabend sofort wieder einen Einstieg haben.

Verschiedene Planungsentscheidungen müssen im Protokoll begründet werden, dann kann einer das nächste Mal sagen: „Warum haben wir das denn gemacht? Erinnern wir uns doch einmal, warum haben wir für diese Sache diesen Standort gewählt? Hier steht's!“ Sonst passiert es, daß nächstes Mal wieder die alte Diskussion wiederholt wird.

Die Arbeitsgruppen haben sich auf den nächsten Planungsabend vertagt. Es ist sehr spät geworden. Wir haben uns anschließend mit den Diskussionsleitern getroffen, die von den Planungsansätzen berichtet haben und von der Schwierigkeit in den Diskussionen Fragen auf den Punkt zu kriegen und überhaupt erstmal alle Fragen zu berücksichtigen. Wir haben erkannt, daß es bei einigen Gruppen nicht so



Arbeitsgruppensitzung: Bürger bei der Planung

gelaufen ist, weil die Betreuer nicht entsprechend vorbereitet waren, und haben deshalb zum nächsten Planungsabend für jede Gruppe spezielle Fragekarten vorbereitet – runde bierdeckelartige Scheiben, um nochmal zu problematisieren, was dort los ist.

Das ist methodisch sehr interessant, man hat die Arbeitsgruppen erst mal mit den Planungskarten anfangen lassen, hat dann geguckt, wo läuft's schief und hat Fragekarten entwickelt.

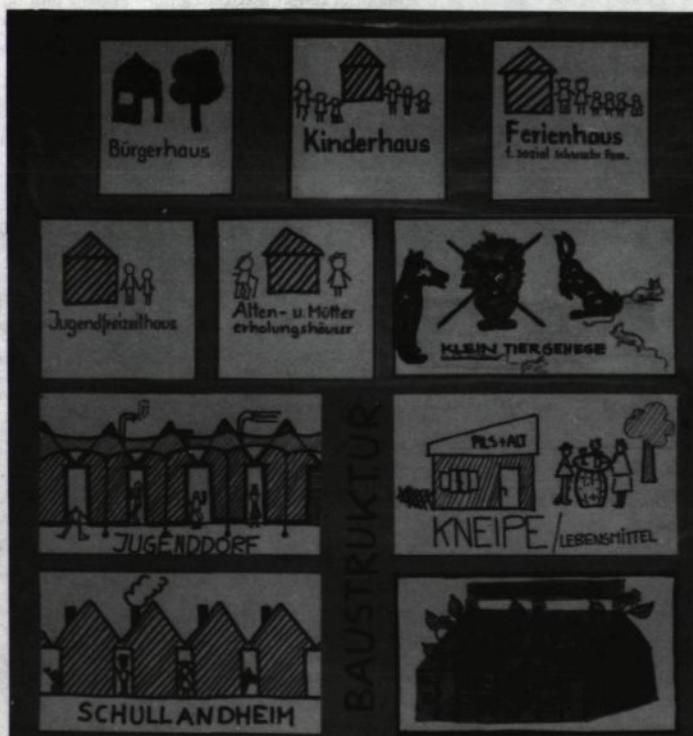
Sam: Wäre es nicht besser gewesen, erst zu problematisieren, die Fragekarten auf den Tisch zu legen und dann die Antwortkarten, das sind hier die Planungskarten, liefern?

Wolfgang: Ich nehme an, daß es richtig war, wie es gemacht wurde.

10. SIEDLER UND MVER ZEIGEN WAS SIE WOLLEN.

Zweiter Planungsabend am 13.6.75: Die Arbeitsgruppen setzen ihre Arbeit fort. Ein Teil schließt sie ab. Die Siedler zeigen den selbstgedrehten Film über die Besetzung auf Waldesfrieden. Der SFB macht Aufnahmen für einen Fernsehbericht

Planungselemente, entwickelt wie Spielkarten – damit kann jeder umgehen



Wir brauchen Werkstätten, weil es keine einzige im MV gibt! Wir wollen selbst Gegenstände herstellen bzw. reparieren, weil Reparaturen o.ä. zu teuer sind und man selbst mal Lust hat Dinge in "Do it yourself" zu machen! Man soll, je nach Wetter, im Freien oder in der Werkhalle arbeiten können. Es sollte auch möglich sein, sich für Schule oder Beruf fortzubilden. Klammotten selbst zu nähen ~~macht~~ mit anderen zusammen macht mehr Spaß und bringt ~~ein~~ bessere und originellere Ideen.

Wir bauen unser Jugenddorf selbst. Holzbauteile herbeifahren und vorverarbeiten. Rohrgestaltete Zerkommensanlagen für Dorfplatzübergrünung. Zerkommung auf in Arbeitsstätten. Sanitäre Anlagen selbst aufbauen und Rohre verlegen. Der Dorfplatz soll ein Treff für die Leute des Jugenddorfes, des Jugendhauses, des ~~Landesjugendzentrums~~ und sämtlicher Berliner sein. Ähnliche Treffs sind im MV nicht vorhanden, da alles unmöglich verbaut ist. Wir ~~haben~~ die Siedler zusammengeplant und uns mit ihnen unterhalten, wie wir ~~es~~ uns gegenseitig helfen können bei der Anlage des Dorfplatzes und dem ~~Landesjugendzentrum~~ Erfahrungsaustausch bei der Arbeit in den Werkstätten.

Jugendhaus
Nach Schließung der "Brücke" gibt es im MV keine Möglichkeiten unsere Zeit so zu gestalten wie wir es wollen, keine größere Halle für eigene Filme und Musikgruppen und keine Möglichkeit wichtig Leute zu sein, ohne daß jemand merkt. Ist die Straße der einzige Platz? Das Zentrum Berlins ist zu weit entfernt und schwer zu erreichen, besonders mit den Nachtbussen. Keine U-Bahn, dabei ist das MV schon 10 Jahre alt! Wir wollen zwischen Neu-Lübbers und dem MV das Jugendzentrum

haben, das den Jugendlichen in einem riesigen Stadtgebiet wie dem MV zusteht! ^{15% der Fläche sind ca. 1500 Menschen.} Jugendbahnhof. Der Senat spricht immer von internationaler Jugendverflechtung und der internationalen Begegnungsstätte Berlin. Wir wollen es durch unseren geplanten Jugendbahnhof, den ~~Landesjugendzentrums~~ und dem Jugendzentrum in ~~Landesjugendzentrum~~ wirklich machen. Große Trabantenstädte entstanden nicht nur in Berlin, sondern auch um Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf, Brüssel, Paris und Warschau. Wir haben mit den Jugendlichen in diesen Städten viele Probleme gemeinsam und müssen darüber mit ihnen sprechen.

Grüne Dorflandschaft
Bäume, Sträucher, Wiesen, Kleintiere, Gewächshäuser wollen wir selbst planen, bauen und züchten. Selbst ernten und in Ruhe verzehren! sehen wie eine Pflanze wächst, die man sonst nur als fertige Pflanze kaufen kann (Super 200). Das Kornfeld hinter Neu-Lübbers soll bleiben! Der Dorfwald soll lustig werden: Irrgärten, Gummikauten, Baumhäuser, Tarzanwald-Liegen.

Wir verstehen unsere Zusammenarbeit mit Siedlern und Planern nicht so, daß dem Senat zum Wettbewerb bunte Bildchen abgegeben werden, sondern daß wir die vorgeschlagenen Sachen selbst bauen werden, falls der soziale Senat neben Kreisrat und Kongresszentrum für uns noch etwas Geld übrig hat. Nicht nur ~~Opis~~ Opas und Omis brauchen Gegend! Auch Jugendliche brauchen Felder, Wiesen und Auen (Vgl. Bundespräsident Walter Scheel) Also kein Betongelände vom MV!!

Wandzeitung — Erläuterungsberichte der Jugendlichen zum Jugenddorf

über die Bürgerplanung.

Wooly: Der Anfang war etwas hektisch, der SFB hat noch gedreht, viel Kabel, viel Scheinwerfer, aber die Leute haben sich deshalb nicht aus dem Konzept bringen lassen. Auf Versammlungen von Bürgerinitiativen muß schon mal was improvisiert werden. Peter Kopale, Siedler auf Waldesrieden, ist da ein gutes Beispiel. Er hat mit seinem Kommentar zum Film über die Besetzung einen sehr guten Beitrag „aus dem Ärmel geschüttelt“.

Der Planungsabend war in etwa so gut besucht wie der erste. Normalerweise bröckelt es ab, d.h. hier mußte ein großes Interesse vorhanden sein. Das hat sich auch bei der Planung in den einzelnen Arbeitsgruppen gezeigt. Die Gruppen haben an diesem Abend ihre Pläne vervollständigt. Die Planungsergebnisse für die einzelnen Siedlungen sind folgende:

- Waldesrieden: Kinderhaus, Kindertheater, „Friedenswald.“
- Wiesengrund I + II: Vereinshaus, Ferienhäuser für Familien, Motorradsperren, Erweiterung eines Weiher.
- Quickborn: Schullandheim, Bürgerhaus mit Platz, Brücke über die Quickborner Straße, Karpfenteich, Festplatz, Seniorengärten.
- Rathenow: Bürgerhaus, Kneipe.
- Neu-Lübbers und ehemalige Siedlung Neu-Rabehorst: Kinderhaus und Seniorengarten,

Jugenddorf, Jugendhaus und Dorfplatz, Werkstätten.

All diese Einrichtungen sollen auf freien Parzellen entstehen. Für sämtliche Siedlungen wurde der Anschluß an das öffentliche Be- und Entwässerungsnetz gefordert, die elektrischen Leitungen sollen unter die Erde und die Wege beleuchtet werden. Nur die Planung der Siedlung Neu-Lübbers mit dem Jugenddorf konnte noch nicht abgeschlossen werden.

11. FELDER, FREIZEITPARK UND JUGENDDORF.

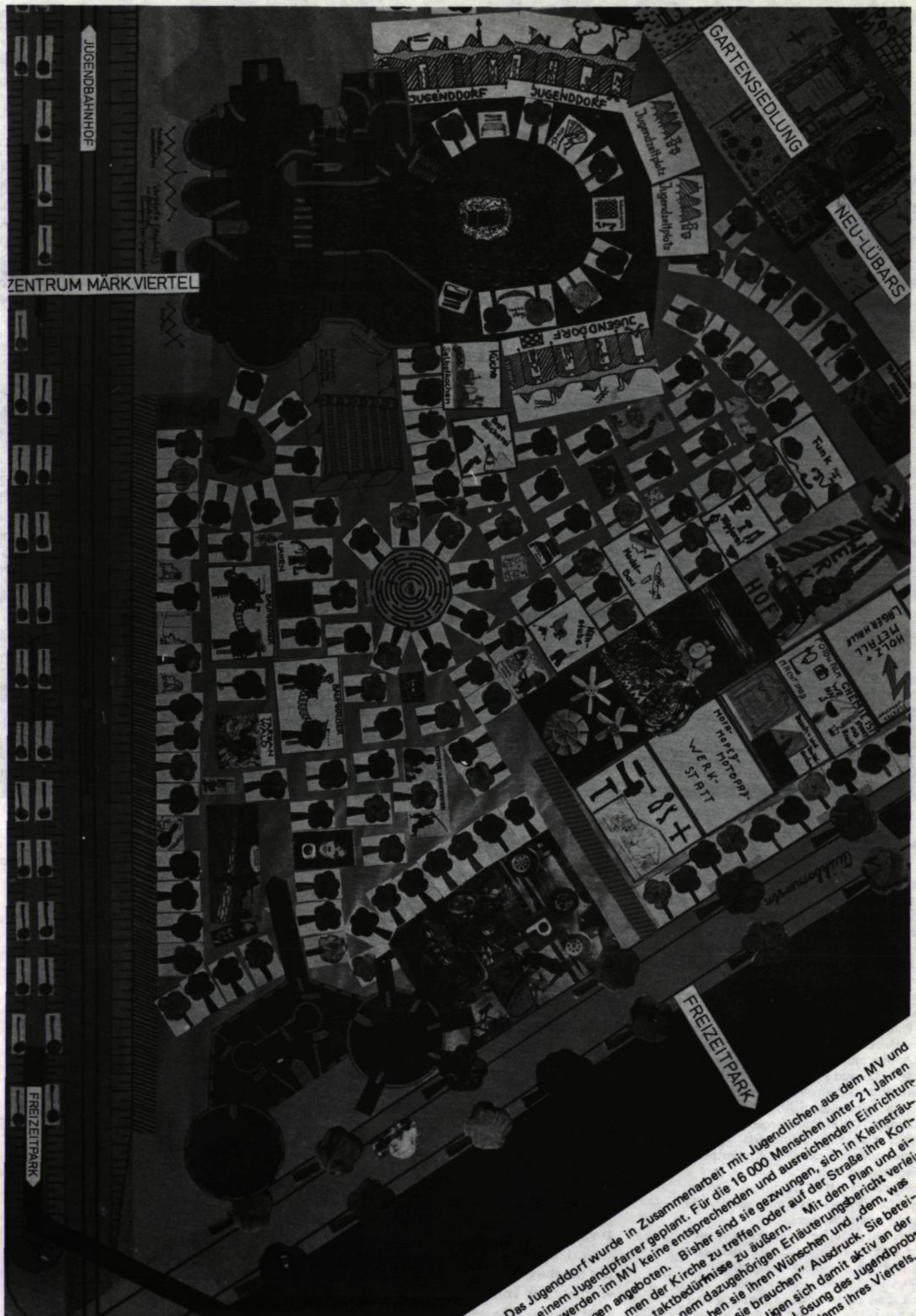
Der 3. Planungsabend am 18. Juni, wiederum im evangelischen Gemeindezentrum im MV ist die letzte Versammlung vor Abgabe des Wettbewerbsbeitrages. An diesem Abend stehen noch zwei wichtige Themen an:

- in die einzelnen Siedlungspläne 1:200 werden die letzten Anregungen eingetragen,
- über das gesamte Wettbewerbsgebiet, die Siedlungen sind nur ein Teil davon, wird anhand von Plänen 1:2000 diskutiert und über dessen Entwicklung ab-

gestimmt.

Wir bereiten den Planungsabend thematisch vor, indem wir zusammenfassen, was bisher erarbeitet wurde und aufzeigen, worum es bei der Planung im Gesamtgebiet geht. Instrumentell bereiten wir Arbeitspläne 1:2000 unter anderem mit der Darstellung der drohenden Senatsplanung, Möglichkeiten zur Freizeitparkgestaltung und Planungskarten vor und halten ausreichend Schreibmaterial zur Verfügung. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Planungsabends sind:

- das Kornfeld am Zabel-Krüger-Damm soll nicht bebaut werden!
- auf der Fläche für den geplanten Freizeitpark soll ein Volkspark mit freier Landschaft entstehen!
- Das Jugenddorf auf einem brachliegenden Grundstück des Landes Berlin soll mit den Jugendlichen noch intensiver ausgearbeitet werden. Die Jugendlichen stellen die Forderung, daß ihnen dieses Gelände für die stufenweise Realisierung ihres



Das Jugenddorf wurde in Zusammenarbeit mit Jugendlichen aus dem MV und einem Jugendpfarrer geplant. Für die 16 000 Menschen unter 21 Jahren werden im MV keine entsprechenden und ausreichenden Einrichtungen angeboten. Bisher sind sie gezwungen, sich in Kleinräumen der Kirche zu treffen oder auf der Straße ihre Kontaktabstände zu überbrücken. Mit dem Plan und einem dazugehörigen Erläuterungsbericht verleiht man ihnen die Möglichkeit, sich aktiv an der Lösung des Jugendproblems ihres Viertels zu beteiligen.

Projektes zugesprochen wird. Die bisher gemeinsam geleistete Arbeit hat bei den Betroffenen die Einschüchterung durch den Verwaltungsapparat und das Gefühl der Ohnmächtigkeit vertrieben. Dadurch ist der eigene Beitrag bereits jetzt ein Erfolg.

Sam: Das Spannendste an diesem Abend ist: wie verhalten sich die Siedler, wenn es um Fragen zum gesamten Wettbewerbsgebiet geht? Sagen sie: wir wollen unser Häuschen erhalten und alles andere ist nicht unser Problem?

20 000 DM hat der Bezirk für eine große Werbetafel ausgegeben, auf der die Bevölkerung zur Mitarbeit an der Planung zum Freizeitpark aufgerufen wird. Dieses teure Stück steht seit einem Jahr in der Landschaft – reagiert hat bisher noch niemand. Der Senat nimmt das als Beweis, daß die Bevölkerung am Mitplanen nicht interessiert sei. Unser Anhaltspunkt ist die Planung des Jugenddorfs, das geht auch über „das eigene Häuschen erhalten“ hinaus und da haben die Siedler mitgearbeitet. Die Behauptung der Bezirksplaner wird eindeutig widerlegt durch den zahlreichen Besuch, die Mitarbeit und die erreichten Ergebnisse an diesem Planungsabend. Ein bißchen sind wir selbst überrascht.

So war der Ablauf des Abends: Diskussionsleiter war ein Vertreter der Grünen Hand. Die Alternativprogramme für den Freizeitpark sind Auslöser für die Diskussion, die sich in der Versammlung entwickelt. Die Arbeitspläne an den Wänden und die Planungskarten erweisen sich dabei als wichtiges Hilfsmittel. Alle Teilnehmer schreiben ihre Ideen und Vorschläge für Freizeitangebote auf. Wir gehen sie gemeinsam durch. Interessant ist dabei so ein Diskussionsverlauf, daß z.B. alle zuerst die Kindereisenbahn gut finden, sie aber dann doch weglassen, weil das zuviel technischer Kram in der Landschaft wäre und Geld kosten würde. Oder wie die einen nur für Trampelpfade sind, dann aber den anderen doch eine einfache Wegebefestigung zugestehen, weil sie auch mal im Regen spazieren wollen. Außerdem erinnert man sich an Behinderte, die auch den Freizeitpark nutzen wollen.

Das Thema „Jugenddorf“ schaffen wir an diesem Abend nicht ganz. Es ist auch am weitesten vorangetrieben, bis hin zu Überlegungen zu Funktionen der verschiedenen Einrichtungen und so vereinbaren wir mit den Jugendlichen noch zusätzliche Treffen im Gemeindezentrum und bei uns.

Da war dann aber auch die Grenze der Belastbarkeit für unsere Wohngemeinschaft erreicht. Das war fast Chaos. Endspurtstimmung. Der Abgabetermin rückt an, und noch einmal Sitzung mit Vertretern der Grünen Hand bei uns, weil es immer noch offene Fragen gab. Die Ergebnisse aus den Siedlerplänen und aus dem letzten Planungsabend mußten zum Gesamtplan 1:2000 zusammengestellt und durch die Darstellung des MV ergänzt werden.

Den Erläuterungsbericht haben wir arbeitsteilig gemacht. Die Themen „Lebenssituation im Planungsgebiet“, „Freizeit“, „Umweltschutz“ und „Widerstand und Selbstorganisation“ übernahmen Vertreter der Grünen Hand und zur „Rolle der Baugesellschaften, des Bausenats und der Architekten“ konnten wir etwas bringen.

Zusammen mit Siedlern bauten wir noch die Modelle. Aus Fimo-Brandknete die Häuser gebacken, die Bäume aus Irisch Moos, schön farbig alles, sogar mit rosa und himmelblauen Wattewolken und einem bunten Vogel, der gerade die Siedlungen überfliegt.

Drei Tage vor Abgabe wurde der Fernsehbeitrag gesendet. Die Leute vom Fernsehen sind gut auf die Problematik im Planungsgebiet eingegangen. Sie haben für die Siedler Partei ergriffen und gezeigt, wie diese sich zur Wehr setzen. wie sie mit unserer Hilfe ihre eigene Planung machen.

DIE ÖFFENTLICHKEIT ALS FORMFEHLER

12. DAS PREISGERICHT ENTSCHEIDET, WIE EIN PREISGERICHT ENTSCHEIDET.

Das Preisgericht tagt. Beim Senator für Bau- und Wohnungswesen hängt neben Architektenplänen die Bürgerplanung, der Beitrag der Bürgerinitiative Grüne Hand! Den Plänen sieht man an, daß viele Leute daran mitgearbeitet haben. Die Betroffenen haben mit diesem Beitrag ihre Forderungen direkt vermittelt. Sie haben mit der Wahlparole von der „Demokratisierung der Planung“ ernst gemacht, das verwirklicht, wovon sonst nur geredet wird.

Eine neue ungewohnte Situation für die Jury. Auf der einen Seite die Bürgerplanung, auf der anderen der Segen der Fachleute zu laufenden Baugenehmigungsverfahren.

Ellis: Wie verhalten sich nun die Preisrichter eines Wettbewerbsverfahrens, dessen einzige Aufgabe darin besteht, Entscheidungen nachträglich zu rechtfertigen, die längst von Kapitalgesellschaften und Politikern gefällt wurden? Die gefällten Entscheidungen sind die: die Gartensiedlungen werden niedrigergerissen, an ihrer Stelle sollen Wohnungsneubauten, neue Straßen und Gewerbehallen gebaut werden. Um einen Ideenwettbewerb handelt es sich hier also nicht. So wie die Planung für die Flächen auf denen noch die Siedlungen stehen, bereits entschieden ist, weil über den Besitz der Flächen bereits entschieden ist, so ist es auch mit den anderen Flächen des Wettbewerbsgebietes. Das Fließtal ist ein Landschaftsschutzgebiet, was sollst du da planen? Der Freizeitpark ist schon im Bau, die Wege sind schon betoniert. Also was sollst?

Die Preisrichter werfen den Bürgerbeitrag, der diese Verhältnisse entlarvt und die Interessen der Bewohner dieses Gebietes aufzeigt, raus. Ein Formfehler ist da schnell gefunden. Wer im Preisgericht dagegen aufmuckt, erhält vom Vorsitzenden Redeverbot, basta!

„Interessant der Charakter des Formfehlers. Er besteht darin, daß die Bürgerinitiative Gegenstand eines etwa drei Minuten umfassenden Beitrages im Fernsehen war. Die Öffentlichkeit als Formfehler; kein Wunder, wenn sich die offiziellen Planer für den Nabel der Stadt halten“, schreibt der Berliner Extradienst dazu. Es ist doch so: Bürgerinitiativen arbeiten öffentlich. Deshalb war es auch legitim, die Presse reinzulassen.

Wer erhält nun Preise? Natürlich die Beiträge, die das Senatsprogramm eingehalten haben und dabei grafisch so gehalten sind, daß der Senat sein FDGO-Gesicht noch wahren kann, im Staub, der inzwischen aufgewirbelt ist. Die Jury, ein bißchen fortschrittlich möchte sie schon sein, wählt noch ein Feigenblatt für sich aus: 1. Ankauf für einen Kompromißvorschlag. Halfmann/Zillich haben in diesem Wettbewerb den 1. Ankauf erhalten. Sie haben der öffentlichen Bürgerplanung Ideen entnommen und sie mit Zu-

geständnissen an den Senat vermischt, ein Kompromiß zu Lasten der Arbeit der Bürgerinitiative Grüne Hand. Als Kompromiß haben sie die Bebauung des Kornfeldes und die Umstrukturierung der Siedlung Quickborn vorgeschlagen. Sie haben ihren Beitrag, der unter Mitarbeit des Vorstandes des Siedlervereins Quickborn entstanden ist, erfolgreich als Beitrag unter Mitarbeit der Siedlung Quickborn vermarktet.

Der Senat sieht sofort den Hebel. Die Senatspolitiker machen aus dem Beitrag von Halfmann/Zillich ungefragt einen „erfolgreichen“ Bürgerinitiativbeitrag und spielen ihn gegen die Planungsvorstellungen der Betroffenen aus. Die Betroffenen, das sind die Siedler zusammen mit den Bewohnern des MV.

Wer sich an Bürgerinitiativen „heranmacht“ muß wissen, daß ihre Gegner versuchen, wieder zu spalten, was sich gerade unter schwierigsten Umständen vereint hat.

13. AUSSTELLUNG UND GEGEN-AUSSTELLUNG.

Das zuständige Stadtplanungsamt Berlin-Reinickendorf hat nach dem Wettbewerb eine Ausstellung der preisgekrönten Wettbewerbsarbeiten durchgeführt. Die Bürger organisieren dazu mit ihrer Planung eine Gegenausstellung im Gemeindezentrum.

Wolfgang: Siedler, MVer und wir haben gemeinsam die Gegenausstellung zusammengestellt. Wir haben die Pläne nicht kommentarlos hingehängt, sondern auch erläutert. „Bürger planen selbst“ – „Landschaft für alle“ – „Kein Beton mehr vor's MV“, „So sieht unsere Umwelt heute aus“ mit Fotos von den Siedlungen und den Feldern. Auf einer Wand wurde dargestellt, wie die Banken, Baukonzerne und Behörden Lübars zerstören wollen und wie sie das einfädeln. Es haben jeweils 2 oder 3 Leute ein Thema übernommen. Material war genug da – Stellwände auch.

Unsere Ausstellung war wesentlich erfolgreicher, als die vom Bezirksamt, schon vom Besuch allein. Wir haben alle zusammen zum Abschluß ein Fest gemacht. Mit Kaffee und Kuchen, Erbsensuppe, Gesang und Filmen über *Why! und Flöz Dickebank*.

Halfmann/Zillichs Arbeit hing in der offiziellen Ausstellung, ein paar Straßen weiter, obwohl sie vom Vorstand der Siedlung Quickborn gebeten wurden, ihre Arbeit auf der Gegenausstellung mitauszustellen. Das haben sie abgelehnt. Man sah deutlich, wer auf wessen Seite steht.

Für die Siedler und MVer tritt nun eine andere Phase ein. Sie versuchen jetzt durchzuführen, was sie geplant haben. Sie haben aus dieser Planung gelernt – daß es darauf ankommt, gemeinsam zu handeln.

Uns hat die Arbeit Spaß gemacht – die Planungsmethode hat sich bewährt. Wir haben gut zusammengearbeitet und neue Freunde gewonnen.

Eines wurde uns klar: Man kann in unserer Gesellschaft eine solche Arbeit nur in seiner Freizeit machen, auch wenn das hart ist. Sonst besteht die Gefahr, daß man zu Kompromissen gezwungen wird, die den Betroffenen nur schaden. Wie es weitergeht . . .

Am 25.11.1975 führte die Fachgruppe der Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros in der IG Bau Steine Erden, Verwaltungsstelle Berlin, im großen Saal des DGB-Hauses eine Informationsveranstaltung zum Thema Tarifverträge durch. Im folgenden dokumentieren wir die wichtigsten Beiträge dieses Abends, darunter das Referat des Kollegen Jürgen Jöns, Mitglied des Hauptvorstandes der IG BSE. Die beiden anderen Beiträge wurden von Mitgliedern der Fachgruppe vorgetragen. Einstimmig verabschiedeten die etwa 350 anwesenden Kolleginnen und Kollegen eine Resolution (siehe Kasten), in der die Inhaber der Westberliner Architektur- und Ingenieurbüros und ihre Verbände aufgefordert werden, mit der IG BSE in Tarifverhandlungen zu treten.

Von den 26 Millionen Arbeitnehmern in West-Berlin und der Bundesrepublik arbeiten 99% unter tariflich gesicherten Arbeitsbedingungen. Zu den wenigen, die keinem Tarifbereich angehören, zählen die Angestellten in Ingenieurbüros und die Mehrzahl der Beschäftigten in den Architekturbüros, denn für einen sehr kleinen Bereich von Architekturbüros hat die IG Bau-Steine-Erden (BSE) bereits einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Forderung nach Tarifverträgen für diesen Beschäftigungsbereich bedeutet somit die Änderung eines anormalen Zustandes in den Normalzustand.

Es sind erklärare Gründe, die es mit verhindert haben, daß wir, die abhängig Beschäftigten in den Architektur- und Ingenieurbüros, es bis heute nicht geschafft haben, unsere Arbeitsbedingungen kollektiv in Tarifverträgen zu regeln. Zu diesen Gründen gehören: Der Tatbestand, daß die Planungsaufgaben der Vergangenheit überwiegend in Kleinbüros bearbeitet wurden, in denen eine familiäre Atmosphäre vorherrschte. Die enge Zusammenarbeit mit den Büroinhabern verwischte den Unterschied zwischen Unternehmer und abhängig Beschäftigten. Das erleichterte die Identifizierung mit der geleisteten Arbeit, und die Frage nach dem Lohn für diese Arbeit stand hinter der Möglichkeit, kreativ tätig zu sein, zurück. Außerdem schien es nicht unrealistisch, das Angestelltendasein als den Übergang zum freischaffenden und selbständigen Planen anzusehen. Der wesentliche Grund aber, warum wir einen eigenen Tarifvertrag nicht so unmittelbar vermißt haben, war die Leitfunktion des Tarifvertrages für die Angestellten im Bauhauptgewerbe, die besonders in den Ingenieurbüros solange das Niveau der materiellen Bedingungen bestimmte, als die Nachfrage nach Arbeitskräften größer war als das Angebot. Diese Leitfunktion bestand darin, daß viele Bautechniker, aber auch Architekten, in den Büros genauso gut in den Technischen Büros der Baufirmen Arbeit gefunden hätten, ja sogar ein Konkurrerieren zwischen Baufirmen und Planungsbüros um die Arbeitskräfte stattfand. Dabei waren die Firmen im Vorteil, weil sie in dem Ruf standen, sichere Arbeitsplätze zu bieten und weil die Arbeitsbedingungen dort in Tarifverträgen abgesichert waren.

So mußten die sogenannten freien Büros meist höhere Gehälter bieten, um überhaupt die benötigte Anzahl von Fachkräften zu bekommen. Die augenblickliche Baukrise hat zu einem Überangebot an Arbeitskräften geführt, und der Tarifvertrag des Bauhauptgewerbes (BHG) hat seine Leitfunktion für unseren Bereich verloren.

Seit nunmehr über zwei Jahren machen wir, die Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros die Erfahrung, daß unsere Chefs die im BHG ausgehandelten Lohnerhöhungen nicht mehr in voller Höhe übernehmen. Unsere Gehälter stagnieren. Trotz gestiegener beruflicher Qualifikation rücken z.B. Berufsanfänger nicht mehr in höhere Gehaltsgruppen auf, wie es im BHG tarifvertraglich abgesichert ist. Urlaubsregelungen, die dem Rahmentarifvertrag (RTV) des BHG entsprechen, werden aufgekündigt, weil die BSE für dieses und die kommenden Jahre erhebliche Urlaubsverbesserungen durchgesetzt hat. Zwar läßt sich in Einzelfragen ein Rechtsanspruch auf die Beibehaltung aus dem Tarifvertrag des BHG ableiten, weil sie durch jahrelange Ausübung zu einer Art Gewohnheitsrecht geworden ist, aber die Realisierung des Anspruchs bedeutet aufwendige Rechtsstreits vor den Arbeitsgerichten, wobei der Ausgang unsicher ist. Diese wenigen Beispiele aus einer sicherlich sehr viel größeren Zahl persönlicher Erfahrungen zeigen deutlich, daß der RTV des BHG für unseren Bereich seine Leitfunktion verloren hat. Außerdem hat sich durch die Baukrise die Möglichkeit der Selbstverwirklichung im Beruf für die meisten als Illusion herausgestellt und einem nüchternen Arbeitnehmerbewußtsein Platz gemacht. Immer mehr Angestellte in unserem Bereich gelangen jetzt zu der Einsicht, daß sie eigene Tarifverträge brauchen. Die Konsequenz ist der Zusammenschluß in einer Gewerkschaft als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer eines Wirtschaftsbereiches. Nur in dieser Organisation ist der einzelne Arbeitnehmer in der Lage, einheitliche Arbeitsbedingungen in Form von Tarifverträgen durchzusetzen.

Bereits 1969 hat der Gewerkschaftstag der BSE beschlossen, für den Bereich der Architektur- und Ingenieurbüros Tarifverträge anzustreben. Die BSE hat den er-

sten Tarifvertrag für Angestellte in Architekturbüros überhaupt abgeschlossen. Die direkte Bedeutung dieses Vertrages für uns in Berlin ist gering, weil der abschließende Arbeitgeberverband hier wenig Mitglieder hat. Von Bedeutung für uns ist die Tatsache, daß — entgegen den Behauptungen der Unternehmer — sich unsere Arbeitsbedingungen in Form von Tarifverträgen sehr gut festschreiben lassen. Der wirkungsvollste Schritt der IG BSE auf einen Tarifvertrag hin ist die Fähigkeit, Architekten, Zeichner, Ingenieure, Sekretärinnen, kaufmännische Angestellte und Bauleiter aus den Büros als Mitglieder zu gewinnen und zu organisieren. In wenigen Jahren sind es in Berlin mehrere Hundert geworden.

Seit Bestehen der Fachgruppe arbeiten Kollegen aus den Büros aktiv in der TV-Kommission, die heute den Entwurf eines TV vorlegen kann, der Ausgangspunkt für kommende TV-Verhandlungen sein wird. Darin sollen unter anderem folgende Bedingungen geregelt werden:

- Einstellung und Kündigung
- Arbeitszeit
- Überstunden
- Tätigkeitsmerkmale
- Gehälter
- Urlaub
- 13. Gehalt

Es müssen Regelungen gefunden werden, die den Abschluß von Zeitverträgen erschweren und die Probleme von Leiharbeitskräften regeln.

Die IG BSE ist die Organisation, die von ihren Mitgliedern, d.h. von uns, beauftragt werden kann, diese Tarifverhandlungen einzuleiten und Verträge abzuschließen. Nur durch eine breite gewerkschaftliche Organisation werden unsere Interessen wirkungsvoll vertreten. Und die Gewerkschaft ist umso wirkungsvoller, je mehr sie durch Beitritte und aktive Mitarbeit gestärkt wird. Die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen verlangen, die Forderung nach Tarifverträgen jetzt zu stellen. Auch die Stärke und der Mitgliederzuwachs unserer Fachgruppe rechtfertigen die Wahl des jetzigen Zeitpunkts. Dennoch ist natürlich die weitere Stärkung der Fachgruppe nötig. Wir sind aber auch zuversichtlich, daß viele Kollegen zur Gewerkschaft finden werden, wenn der Kampf um Tarife zunimmt. Sie werden

erkennen, daß es eine Auseinandersetzung ist, in der es um ihre Belange geht. Sie werden durch ihren Beitritt die Seite stärken, die allein wirksam ihre Interessen vertreten kann. Deshalb ist diese Veranstaltung der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt, an dem öffentlich bekanntgegeben wird:

Wir, die Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros fordern Tarifverträge!

Diese Forderung nach Tarifverträgen ist gerichtet an die Büroinhaber, von denen wir angestellt worden sind, für die wir arbeiten, an die Arbeitgeber unseres Beschäftigungsbereichs. Bis zum heutigen Tage konnten sie sich hinter dem Argument verstecken, wir hätten den Wunsch nach Tarifverträgen noch nicht konkret an sie herangetragen. Nachdem sich der Berliner BSE-Vorstand mit dem Angebot,

in Tarifverhandlungen einzutreten, an die Interessenverbände gewandt hat und nach dieser Veranstaltung, zieht dieses Argument nicht mehr. Wenn die Unternehmer dieses Angebot nicht annehmen, werden sie weder bei den Angestellten noch in der Öffentlichkeit Verständnis finden. Niemand kann in unserer Forderung nach einem Tarifvertrag etwas Unbilliges sehen. Wir wollen nur das, was für 99% aller Arbeitnehmer längst Realität ist. Trotzdem müssen wir wissen, daß die Unternehmer ihre heutige starke Position nicht freiwillig aufgeben werden. Ihre Bereitschaft zum Verhandeln ist direkt abhängig von der gewerkschaftlichen Organisation der Angestellten sowie der Stärke und Geschlossenheit, mit der sie ihre Forderung vertreten. Durch die Aktivitäten der Berliner Fachgruppe sind wir in der gewerkschaftlichen Organisation hier auch am weitesten. Deshalb fordern wir hier in Berlin auch zuerst einen regionalen Tarifvertrag. Hier und jetzt fordern wir Tarifverträge

- damit Schluß ist mit der Diskussion, ob die Woche 40 Stunden hat oder mehr
- damit Schluß ist mit den Lohndiktaten, die ohne Verhandlung von jedem Kleinunternehmer willkürlich festgelegt werden können
- damit Schluß ist mit unbezahlten Überstunden
- damit Schluß ist mit dem Vorenthalten von Urlaubstagen
- damit Schluß ist mit dem Verlust erheblicher Teile des sozialen Besitzstandes bei Arbeitsplatzwechsel.

Wir wollen Tarifverträge, damit in Zukunft unsere Forderungen ernst genommen werden, weil wir die Möglichkeit haben, ihnen mit den Mitteln des legalen Arbeitskampfes den nötigen Nachdruck zu verleihen. Wir fördern den Abschluß eines Rahmen- und Gehaltstarifvertrages, damit Schluß gemacht wird mit einem anachronistischen Kapitel in der Arbeitswelt, dem tariflosen Zustand in Architektur- und Ingenieurbüros!

RESOLUTION

der öffentlichen Veranstaltung der Fachgruppe der Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros in der IG Bau-Steine-Erden am 25. November 1975

„Angestellte in Architektur- und Ingenieurbüros fordern Tarifverträge“

Im Zuge der Baukrise hat die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe in den letzten drei Jahren um über 300 000 abgenommen.

Kündigungen, Massenentlassungen, Betriebspleiten sind seit Jahren an der Tagesordnung.

Die Inhaber von Ingenieur- und Architekturbüros nutzen ihre heutige Position der Stärke rigoros zum Abbau des sozialen Besitzstandes der Angestellten aus.

So ist es kein Zufall, daß sich das Klima in den Büros verschlechtert. In dieser Situation beginnen die Angestellten, sich stärker als bisher gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre Rechte durchzusetzen.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Bundesregierung bei der öffentlichen Diskussion über die Änderung der Gebührenordnungen den Bereich der Architektur- und Ingenieurbüros als „sozialpolitisch gefährdet“ bezeichnet hat, weil es dort keine tarifvertraglich abgesicherten Mindestarbeitsbedingungen gibt.

Die hier versammelten Angestellten aus Architektur- und Ingenieurbüros fordern daher die Büroinhaber auf, sich unserer Forderung nach einem Tarifvertrag zu stellen und das Angebot der IG Bau-Steine-Erden vom 13.11.74 anzunehmen und unverzüglich in Tarifverhandlungen einzutreten!

Jürgen Jöns

Mitglied des Hauptvorstandes der IG Bau-Steine-Erden, Abteilung Angestellte

Dem ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, wurde eine Anekdote angehängt, die in unser Thema paßt. Willi Richter hatte sich mit sehr viel Energie und der Gewerkschaftsarbeit und der Sozialarbeit in den Entwicklungsländern eingesetzt, besonders in Afrika und Südamerika. In Afrika – so wird erzählt – soll er gefragt worden sein, wie man eine Gewerkschaftsarbeit beginnen könne. Die Antwort: Am besten gründet Ihr erst einmal einen Arbeitgeberverband und dann schließt Ihr mit ihm Tarifverträge ab. Dann läuft alles von selbst.

So einfach können wir uns die Lösung des Problems nicht machen, weil so gewerkschaftliche Prinzipien auf den Kopf gestellt werden. Die Gewerkschaft ist die Interessenvertretung von Arbeitnehmern. Sie wird für ihre Handlungen durch Mitglieder legitimiert. Sie spricht im Namen der Mitglieder. Erst später – in der Folgewirkung – haben die gewerkschaftlichen Handlungen auch Folgen für Nichtmitglieder. Die Interessen der Mitglieder haben wir – so steht es in der Satzung – gegenüber Jedermann zu vertreten. Der Hauptadressat ist zu diesem Zweck, wenn es um die Regelung der Arbeitsbedingungen geht, zunächst einmal der Arbeitgeber unseres Mitgliedes, denn zwischen diesen beiden Kontrahenten bestehen Rechtsbeziehungen. Wir müssen uns also an jeden einzelnen Arbeitgeber halten.

Arbeitgeberverbände sind als Abwehrblock gegenüber gewerkschaftlichen Bestrebungen entstanden. Der Verband ist von der Arbeitgebersseite als Solidargemeinschaft gedacht, um den einzelnen Arbeitgeber vor dem Zugriff der Gewerkschaft zu schützen. Der Einzelne soll nicht allein dem Druck der Gewerkschaft ausgeliefert werden. Wo kein Gewerkschaftsblock besteht, gibt es auch keine Solidargemeinschaft der Arbeitgeber.

Wenn es keinen Arbeitgeberverband (außer der VFA) für Architekten und Ingenieure gibt, dann liegt das zwangsläufig an der nicht vorhan-

denen Notwendigkeit für den einzelnen Arbeitgeber, sich vor dem Druck der Gewerkschaft in einen Verband zu flüchten. Wenn wir also das Nichtvorhandensein eines Tarifpartners beklagen, dann gehen wir damit unsere mangelnde Aktivität oder die Erfolglosigkeit der Aktivität in den Betrieben zu. Diese Zusammenhänge sind uns von jenen Kolleginnen und Kollegen aus Berlin vorgetragen worden, die den Abschluß eines Tarifvertrages mit der VFA für zu verfrüht gehalten haben. Sie haben in Berlin daraus die Schlußfolgerung gezogen und die Organisation der Angestellten vorangetrieben. Jetzt ist die Zeit zum Handeln reif. Wir werden die Unternehmer so lange verfolgen, bis sie zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit sind.

Die Bereitschaft der VFA zum Abschluß eines Tarifvertrages mit uns war nicht auf den Druck der Mitglieder in Büros von Ingenieuren und Architekten zurückzuführen. Da Organisationen in der Regel ihre Taktik vor der Öffentlichkeit nicht bis ins Letzte preisgeben, sind wir – was die Haltung der VFA anbelangt – auf Vermutungen angewiesen. Warum hat die VFA mit uns überhaupt verhandelt?

1. Unsere ständigen Hinweise auf das an Angestellten in Architekturbüros durch den Mangel an Tarifverträgen begangene Unrecht sind von der VFA aufgegriffen worden. – Ich will das einmal als positive Haltung unterstellen. –
2. Die VFA wollte sich als für Tarifverträge zuständiger Arbeitgeberverband profilieren.
3. Die VFA wollte für eine neue Gebührenordnung eine Vorleistung bringen. Der Tarifvertrag sollte und soll als Ausweis für die tatsächlichen, weil rechtlich abgesicherten, Personalkosten gelten. Gerade wegen dieser Vorleistung hat die VFA aus dem Kreis der anderen Architekten Vorwürfe erhalten.
4. Schließlich lag der Anfang der Tarifgespräche in einer Zeit, in der der Arbeitsmarkt aus unserer Sicht noch in Ordnung war. Die VFA-Arbeitgeber wollten durch das Angebot eines